**Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 14.01.2016**

Zu Punkt 9
(öffentlich)

2. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011
- Sondernutzungsgebühr für provisorische Gehwegüberfahrten durch Baufahrzeuge im Rahmen von Hochbaumaßnahmen

Beratungsgrundlage:
Drucksache: 2476/2014-2020

Herr Hellermann präsentiert einleitend einige Fotos nachhaltiger Schäden im Gehwegbereich, die im Rahmen privater Hochbauvorhaben durch überfahrende Baufahrzeuge, Mulden, Gerüste o. ä. verursacht und die nicht ausreichend behoben worden seien. Während in der Sondernutzungssatzung eine Regelung für Baustelleneinrichtungsflächen enthalten sei, gebe es keine vergleichbare Bestimmung für das Befahren von Gehwegen, Zufahrten usw., obwohl auch diesbezüglich die Voraussetzungen einer Sondernutzung gegeben seien. In diesem Kontext bestünde - wie in einigen anderen Städten bereits praktiziert - die Möglichkeit eine befristete Sondernutzungserlaubnis für das Überfahren des jeweiligen Gehweges mit Baufahrzeugen im Rahmen von Hochbaumaßnahmen einzuführen sowie in diesem Zusammenhang entsprechende Sicherheitsleistungen zu erheben. Aus Beweissicherungsgründen müssten die Gehwegzustände vor Baubeginn und nach Abschluss der Maßnahme in geeigneter Form dokumentiert werden. Abschließend legt Herr Hellermann Wert auf die Feststellung, dass es bei der Einführung der Sondernutzungsgebühr weniger um das Erzielen von Einnahmen gehe, die sich auf ca. 10.000 Euro p. a. belaufen würden. Vielmehr würde die Verantwortung des Bauherrn auf den von ihm im Rahmen der Bautätigkeit genutzten Gehweg ausgeweitet, was letztlich dem Erhalt bzw. der Sicherung des städtischen Anlagevermögens diene.

Herr Meichsner erklärt, dass bei Schäden, die durch städtische Baumaßnahmen verursacht würden, die Wiederherstellung in der Regel über das KAG erfolge und dass in diesem Zusammenhang die Anwohnerschaft in nicht unerheblichem Maße zur Finanzierung herangezogen würde. Als Beispiel führt er die Straße Königsbrügge ab, die - wie andere Straßen auch - während der Baumaßnahme Detmolder Straße in erheblichem Maße beschädigt worden sei. Im Übrigen hätte sich die Bezirksvertretung vor geraumer Zeit ohnehin dafür ausgesprochen, die Sondernutzungssatzung noch einmal in bestimmten Bereichen zu überprüfen, was bislang jedoch unterblieben sei. Vor diesem Hintergrund beantrage seine Fraktion heute 1. Lesung, da sie zur nächsten Beratung noch einige Punkte ergänzen wolle, die rechtzeitig an die Verwaltung weitergeleitet würden. Als Beispiel führt er eine Baumaßnahme der Telekom in der Kesselstraße an, durch die der Gehweg seit Monaten über eine relativ

große Distanz gesperrt sei. Hier stelle sich ihm die Frage, ob die Stadt gegenüber der Telekom abrechne oder nicht. Im Rahmen einer Aktualisierung der Sondernutzungssatzung sollten im Übrigen auch Fragen zur Plakatierung, zu Aufstellern etc. geklärt werden.

Herr Ridder-Wilkens führt aus, dass seine Fraktion dem Antrag auf 1. Lesung nicht zustimmen werde, da ein Beschluss der Bezirksvertretung nur empfehlenden Charakter habe. Unter Berücksichtigung der Haushaltslage könne er ein Aussetzen der Beschlussfassung, durch die zusätzliche Mittel - wenn auch nur in geringem Umfang - generiert würden, nicht akzeptieren. Zudem dürfe der erzieherische Effekt dieser Maßnahme nicht unberücksichtigt bleiben, der sich - wie Erfahrungen in anderen Städten gezeigt hätten - durchaus einstelle und der zu weniger Schäden an öffentlichem Eigentum führe.

Herr Suchla erklärt, dass die geplante Sondernutzungsgebühr aus Sicht seiner Fraktion sinnvoll und richtig sei. Allerdings werde sie sich dem nachvollziehbar begründeten Antrag auf 1. Lesung nicht verschließen.

Herr Straetmanns weist darauf hin, dass die von der Verwaltung beabsichtigte Ergänzung in § 4 Ziff. 11 der Sondernutzungssatzung dazu diene, eventuelle Regressansprüche der Stadt gegenüber dem Schädiger geltend zu machen. Die Forderung nach 1. Lesung bei einem Sachverhalt, bei dem die Bezirksvertretung ohnehin nur ein Anhörungsrecht habe, könne er nicht nachvollziehen, da hierdurch das Verfahren blockiert würde. Die von Herrn Meichsner geäußerten Bedenken könnten auch noch im Rahmen der nachfolgenden Beratung im Stadtentwicklungsausschuss bzw. im Rat durch die CDU-Fraktion eingebracht werden.

Herr Gutknecht betont, dass auch seine Fraktion der Vorlage zustimmen könne. Allerdings trage sie aus verfahrensrechtlicher Sicht den Wunsch nach 1. Lesung mit, zumal eine einmonatige Verzögerung keinen wirtschaftlichen Schaden für die Stadt bedeute. Zudem habe auch seine Fraktion im Gesamtkontext der Sondernutzungssatzung zu einigen Punkten noch erheblichen Diskussions- und Abstimmungsbedarf mit den übrigen Fraktionen und Einzelvertretern. Das Ergebnis dieses Prozesses werde der Fachverwaltung rechtzeitig im Vorfeld der nächsten Sitzung übermittelt.

Herr Meichsner unterstreicht, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Sondernutzungsgebühr unproblematisch sei. Da es darüber hinaus noch Klärungsbedarf zu anderen Punkten gebe, sollte dies - nicht zuletzt unter Berücksichtigung der mit einer Veröffentlichung der Satzung verbundenen Kosten - in einem Verfahren gebündelt erfolgen.

Herr Hellermann entgegnet, dass in Anbetracht der geäußerten Anregungen und Bedenken nicht davon auszugehen sei, dass diese in ein oder zwei Monaten satzungsreif abgestimmt werden könnten. Aus Sicht der Verwaltung spreche nichts gegen ein zweimaliges Ändern der Satzung, so dass er dafür werbe, den vorgeschlagenen Beschluss in der heutigen Sitzung zu fassen. Im Übrigen treffe die dargestellte Regelung natürlich auch auf städtische Hochbaumaßnahmen zu.

Herr Franz erklärt, dass einem Antrag auf 1. Lesung üblicherweise gefolgt werde. Insofern gehe er davon aus, dass über die Vorlage in der

nächsten Sitzung entschieden werde und dass im Rahmen der Beratung auch die angesprochenen zusätzlichen Punkte als Ergänzung zur Abstimmung vorgelegt würden.

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

- bei drei Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

004 Büro des Rates, 19.01.2016, 51-6588

An

660, 200, 600, 004

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.
i. A.

Kricke

.